Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 301. | Dresden, Donnerstag den 29. Dezember 1910. | 21. Jahrg.

Schwankende Gestalten.

Wird der Hansabund bei den Wahlen von 1911 einen konsequenten Kampf gegen das Agrariertum führen, oder wird er mitsamt seinem liberalen Troß schließlich zum schwarzblauen Block stoßen, um mit seinen Geldsäcken die rote Flut einzudämmen? Darüber scheinen Herr Rießer und seine Leute sich noch nicht recht klar geworden zu sein, denn jeden Tag liest man es anders. Noch vor kurzem veröffentlichte die Kreuzzeitung einen beinahe zärtlichen Briefwechsel, den sie mit dem Vorsitzenden des Hansabunds gepflogen hatte. „Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie!" hieß es damals. Jetzt versichert aber zur Abwechslung wieder das Berliner Tageblatt, es sei eine Kontrolle über die Hansabundgelder geschaffen worden, die auch vom Standpunkt des Linksliberalismus aus als befriedigend betrachtet werden dürfe; es sei nunmehr die Befürchtung aus dem Wege geräumt, daß der Wahlfonds des Hansabunds im Sinne der reaktionären Sammlungsparole verwendet werden könne. Das mag für manche Leute sehr beruhigend klingen, die Mißtrauischeren aber werden fragen: Wer kontrolliert denn die Kontrolle? Was ist der Standpunkt des Linksliberalismus und welche Sammlungsparole ist von diesem Standpunkt aus reaktionär?

Vor vier Jahren wurde ja auch eine Sammlungsparole gegen die Sozialdemokratie erlassen, die galt aber damals nicht als reaktionär, sondern als äußerst fortschrittlich (siehe Kap. „Wahrer Fortschritt") und bedeutete sogar ein „Erwachen des liberalen Bürgertums". Kann jemand eine Garantie dafür übernehmen, was passiert, wenn das liberale Bürgertum wieder einmal „erwacht"?

Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß das Verhältnis der beiden liberalen Parteien zum Hansabund ein äußerst peinliches ist. Mit der teils national, teils fortschrittlich gefärbten liberalen Ideologie war kein Hund mehr vom Ofen zu locken, geschweige denn ein Tausendmarkschein von uneigennützigen Gönnern loszueisen. Selbst die vordem reiche Freisinnige Vereinigung, die Partei reicher Händler und Bankiers, stand am Vorabend ihrer Vereinigung mit der Volkspartei vor dem finanziellen Bankerott. Plötzlich tauchte da, von ohrenbetäubendem Jubel der Ausgehungerten begrüßt, der Hansabund aus der Versenkung hervor, und nun gab es auch wieder frisches Geld wie Heu.

Wie kommt es aber, daß sich dem Hansabund alle Portemonnaies öffnen, die sich vor den liberalen Parteikassierern krampfhaft verschlossen? Das kommt daher, weil man zu Rießer u. Cie. in Finanzkreisen ein ganz anderes Vertrauen hat als zu Bassermann und Wiemer. Herrn Bassermann und Herrn Wiemer hat man in dem Verdacht, „Idealisten" zu sein, von Rießer und seinesgleichen weiß man aber ganz genau, daß sie kein Geld geben, ohne der Ware sicher zu sein. Der Hansabund ist keine Partei, die vorgibt, allgemeine Interessen zu vertreten, sondern er ist die Interessenvertretung des mobilen Kapitals. Die Parteien sind auf die Dauer nicht zu beneiden, die nach der Pfeife des Hansabundes tanzen müssen!

Heute hält es der Hansabund vielleicht noch richtig, seine Stipendiaten gegen die Agrarierherrschaft zu kommandieren, deren brutale Rücksichtslosigkeit im politischen wie im gesellschaftlichen Leben von den zurückgesetzten, über die Achsel angesehenen „königlichen Kaufleuten" mit herbem Schmerz empfunden wird. In dem Augenblick aber, in dem die „sozialistische Gefahr" noch etwas deutlicher am Horizont erscheint, wird der Hansabund, vorausgesetzt, daß er dann noch existiert, auf die reaktionäre Sammelparole hin nach rechts abschwenken und alle die mitziehen, deren politische Existenz auf seinen goldenen Grundlagen ruht. Daran kann kein Zweifel bestehen und das soll auch nicht vergessen werden, wenn der Hansabund diesmal wirklich noch die Kampffront gegen die Rechte nehmen sollte. Daran wird auch durch die „Kontrolle" der Wahlgelder durch Linksliberale nichts geändert. Und es ist gut, das bei jeder Gelegenheit auszusprechen, damit nicht auch das trügerische Bild augenblicklicher Konstellationen die tiefstgreifenden grundsätzlichsten Gegensätze verdunkelt und verwischt werden!

Der Belgrader Prozeß und die Forgachsche Fälschungsaffäre.

Wien, 26. Dezember.

-th- Der serbische Fälscher Wassitsch wurde vom Belgrader Gericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Begründung des Urteils sagt aus: Die Angaben Wassitschs über seinen Verkehr mit der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft hätten sich als wahr erwiesen und die Sachverständigen ein gefälschtes Telegramm als von dem Sekretär der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft, Herrn v. Swientochowski, herrührend, festgestellt. Diese Nachricht sagt bei aller Zurückhaltung den Wissenden genug. Aber sehr wohlberechnet ist die Vorsicht der serbischen Behörden, die, indem sie die Gerichtsverhandlung geheim vor sich gehen ließen, auch der Belgrader Presse das Material zu Angriffen auf Oesterreich benahmen. Daß die Presse des Grafen Aehrenthal erst recht nicht viel aus der Sache machte, läßt sich leicht begreifen. Durch die Mitteilungen, die der Prager Professor Masaryk, der bei der Verhandlung zugegen war an die ihm befreundeten Blätter gelangen ließ, hat man indes manches wichtige Detail erfahren. Danach bekundete Wassitsch vor Gericht, er habe in der Wohnung des Gesandtschaftssekretärs Swientochowski zahlreiche Berichte über Sitzungen des Slovenski Jug und andere Dokumente, die ihm der Beamte vorgelegt hatte, sprachlich korrigiert und dann unterschrieben. Mit dem Gesandten Forgach sei er wiederholt zusammengekommen. Als Entgelt habe er ungefähr 600 Frank monatlich erhalten. Zuerst habe er nicht gewußt, welchen Zwecken die Fälschungen zu dienen hätten, erst allmählich sei ihm der Gedanke aufgedämmert, man wolle sie als Beweismittel im Friedjungprozeß benützen. Darum habe er einige dieser Dokumente durch geheime Zeichen markiert.

Was diese Aussage enthüllt, ist klar: die Fälschungen wurden von dem Beamten der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft, unter Mitwissenschaft des Gesandten selbst, hergestellt. Wie weit ist man aber genötigt, dem Angeklagten Glauben beizumessen? Als Herr Masaryk seine Enthüllung vor die Delegationen brachte war es dem Grafen Aehrenthal ein leichtes, die Stimmung gegen ihn zu kehren. Allzu deutlich trat die panslawistische Absicht hervor, Masaryk scheute sich sogar nicht, ein russisches Blatt, das 1909 am heftigsten für den Krieg agitiert hatte, in der Angelegenheit zu informieren. Die Motive des Herrn Professors sind inzwischen nicht besser geworden, dennoch steht offensichtlich auf seiner Seite die Wahrheit. Er vermochte in Belgrad ziemlich einwandfrei festzustellen, daß Wassitsch mit Swientochowski aufs intimste verkehrt hatte, und wiederholt auch mit dem Kanzleirat Tiefenbach. Daß er in Agram Unterredungen mit demselben Tarabochia hatte, der den Hochverratsprozeß so glorreich leitete, ebenso mit dem Hauptmann Cevitasch, und zwar, wie dieser selbst gesteht im Auftrage der Behörde. Wassitsch als geistigen Urheber der Fälschungen zu nehmen, geht bei dessen geringer Bildung und Kenntnis der Umstände nicht wohl an. Der offiziöse Versuch des Wiener Auswärtigen Amts, der Belgrader Gesandtschaft bloß die Rolle der Düpierten zuzuweisen, hat Wassitsch in dem Prozeß selbst abgeschlagen.

So steht denn die Sache für die Ehre und Reputation Aehrenthals so böse als möglich. In der äußersten Not hat der Graf bekanntlich zu seinem Gegner Mielowanowitsch Zuflucht genommen, und sich darauf berufen, daß man in Belgrad selbst Forgach zu halten wünsche. Es erfolgte indes ein zwar höfliches aber unzweideutiges Dementi, und der serbische Gesandte in Wien, der sich ein freundlich Wörtlein für Forgach hatte abschmeicheln lassen wurde Knall und Fall auf den Altenteil gesetzt. Eine darauf folgende serbisch offiziöse Erklärung tadelte wohl die Angriffe der Belgrader Presse, verwies im übrigen jedoch auf den Ausgang des Prozesses. Wiederum suchte eine Wiener offiziöse Notiz eine Ehrenerklärung zu erbetteln, ohne einen anderen Erfolg als den einer ironischen Absage. Im übrigen hütete sich die serbische Regierung natürlich vor offenen Vorwürfen, warum soll sie ihr Pressionsmittel aus der Hand geben? Sie hegt denselben Wunsch wie Graf Aehrenthal: daß er und sein bemakelter Gesandter in Amt und Würden bleiben; denn beide hält sie am Bändchen. Graf Aehrenthal besitzt einstweilen noch die starken Trümpfe. Vermochte er doch sogar Forgach zum Geheimrat zu erhöhen. Ob es indessen wohl das Interesse Oesterreich-Ungarns ist, sein Schicksal in der Hand eines Mannes zu lassen, dessen Existenz von dem Schweigen des Gegners von gestern abhängt?

Deutsches Reich.

Branntweinliebesgabe und Schnapsboykott.

Nachdem der Schnapsboykott von der Sozialdemokratie beschlossen worden war, glaubten die Fuselbrenner zunächst die Wirkungen dieser Maßnahme ableugnen zu können. Aber die Flut ungetrunkenen Branntweins stieg höher und höher, so daß vor einigen Wochen der Bundesrat die Herabsetzung des Durchschnittsbrandes für Spiritus um 24 Proz. anordnete. Doch auch damit war die Ueberproduktion von Branntwein nicht zu bannen. Jetzt hat der Bundesrat zur Erreichung des von ihm gewünschten Zieles einen anderen Weg beschritten, er verfügte die Verpflichtung der Brennereien zur Denaturierung (Vergällung) eines erhöhten Teiles ihrer Produktion.

Zu den neuen Liebesgaben des jüngsten Branntweinsteuergesetzes gehört der Denaturierungs- oder Vergällungszwang, das ist die Bestimmung, nach der die Brennereien verpflichtet sind, einen Teil ihrer Produktion zu denaturieren. Bei den Brennereien, die Hefe nach dem Würzeverfahren herstellen, ist derjenige Teil ihrer Erzeugung zu denaturieren der über 35 Proz. des Durchschnittsbrandes hinausläuft. Bei den übrigen Brennereien soll derjenige Teil der Erzeugung

Von Gottes Gnaden.

Zum 50. Todestage Friedrich Wilhelms IV., 2. Januar.

Aus Erlassen, Reden, Briefen, Aeußerungen Friedrich Wilhelms IV.

I. Reden und Erlasse.

„Der glänzendste Redner seines Zeitalters und ein Meister der Redekunst aller Zeiten." (Vorwort zur Ausgabe seiner Reden, 1861.)

Ich gelobe hier vor Gottes Angesicht und vor diesen lieben Zeugen allen, daß Ich ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein will, wie mein unvergeßlicher Vater es war. . . Ich bitte Gott um den Fürstensegen, der dem Gesegneten die Herzen der Menschen zueignet und aus ihm einen Mann nach dem göttlichen Willen macht — ein Wohlgefallen der Guten, ein Schrecken der Frevler.

Aus dem Königsberger Eidschwur, 10. Septbr. 1840.

•

Sie können mir vertrauen, daß ich Ihrer Kirche die aufmerksamste Fürsorge widmen werde. Sollten, was ich nicht hoffe, Unbilden gegen dieselbe geschehen, so erkläre ich es für meine teure Pflicht, sie augenblicklich abzustellen. Sollten in der Kirche vielleicht Wunden vorhanden sein, die sie sich selbst geschlagen hat, so werde ich mit Entzücken dem schönen Schauspiele zusehen, wie sie dieselben ausheilt durch ihre Bischöfe und Hirten.

Ansprache an die katholische Geistlichkeit, 15. Oktbr. 1840.

•

Ich bekenne es, daß ich meine Krone von Gott allein habe, und daß es mir wohl ansteht zu sprechen: Wehe dem, der sie anrührt! Aber ich weiß auch und bekenne es vor Ihnen allen, daß ich meine Krone zu Lehn trage von dem allerhöchsten Herrn, und daß ich ihm Rechenschaft schuldig bin von jedem Tage und von jeder Stunde meiner Regierung.

Ansprache an die Ritterschaft, 15. Oktbr. 1840.

•

Die Wege der Könige sind tränenreich und tränenwert, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Darum, in der Begeisterung meiner Liebe zu meinem herrlichen Vaterlande, zu meinem in Waffen, in Freiheit und in Gehorsam geborenen Volke, richte ich an Sie, meine Herren, in dieser ernsten Stunde die ernste Frage: Können Sie, wie ich hoffe, so antworten Sie mir, im eigenen Namen, im Namen derer, die Sie entsendet haben! Ritter! Bürger! Landleute! und vor den hier unzählig Gescharten. Alle! die meinen Namen vernehmen können, — ich frage Sie: Wollen Sie mit Herz und Geist, mit Wort und Tat und ganzem Streben, in der heiligen Treue der Deutschen, in der heiligeren Liebe der Christen mir helfen und beistehen, Preußen zu erhalten, wie es ist . . .?

Bei der Eidesleistung vor dem Berliner Schloß 15. Oktober 1840.

•

Am 7. September 1840 hatten die Stände Preußens dem Könige eine Denkschrift überreicht, in der sie um die Erfüllung des Verfassungsversprechens Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815 baten. Friedrich Wilhelm IV. lehnte ab, mit der Begründung, „daß die Verordnung seines hochseligen Vaters wegen der Ergebnisse in den Nachbarländern in reifliche Ueberlegung hätte gezogen werden müssen. Derselbe habe darin, in Erwägung der heiligen Pflichten gegen sein Volk, sein im beigagten Erlaß gegebenes Versprechen erfüllt (!), so doch, daß er von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung, um des wahren Heils seines ihm anvertrauten Volkes willen, sich fernhaltend, den naturgemäßen, auf geschichtlicher Entwicklung beruhenden und der deutschen Volkseigentümlichkeit entsprechenden Weg einschlug." Als trotzdem die Deputierten Breslaus Anfangs 1841 im Landtage der Provinz Schlesien „Reichsstände" (ein allgemeines Parlament) forderten, ließ er der Stadt Breslau sagen, er verbitte sich bei seiner Rundreise durch Schlesien alle Empfangsfeierlichkeiten. Darauf bat Breslau zerknirscht um Verzeihung wegen des Ausdrucks eines scheinbaren Oppositionsgeistes. Und der König verzieh, sprach aber beim Empfang in Breslau diese Worte:

Ich bedauere, daß eine finstere Wolke an unserem Horizonte heraufgezogen war, aber ich freue mich, daß sie wieder verschwunden ist. Ich kann die politischen Institutionen besser als Sie beurteilen . . . Meine Bürger dürfen der Zeit nicht vorgreifen wollen, was kommen soll, wird doch nicht ausbleiben, und was ich versprochen habe, werde ich halten; aber keine Macht der Erde wird mich zwingen können, gegen meine Ueberzeugung zu handeln.

An die Breslauer, 13. September 1841.

•

Das Prinzip, worauf das College gegründet wurde — ich meine die Vereinigung der Religion und der Wissenschaft — ist nach meiner innigsten Ueberzeugung das einzig Wahre.

Ansprache an das Kings-College beim Londoner Besuch, 2. Februar 1842.

•

Es begiebt sich Großes unter Ihnen. Dies ist, Sie fühlen es, kein gewöhnlicher Prachtbau. Es ist das Werk des Brudersinnes aller Deutschen, aller Bekenntnisse. Wenn ich dies bedenke, so füllen sich meine Augen mit Wonnetränen, und ich danke Gott, diesen Tag zu erleben. Hier, wo der Grundstein liegt, dort mit jenen Türmen zugleich, sollen sich die schönsten Tore der ganzen Welt erheben. Deutschland baut sie, — so mögen sie für Deutschland durch Gottes Gnade Tore einer neuen, großen, guten Zeit werden. Alles Arge, Unechte, Unwahre, und darum Undeutsche, bleibe fern von ihnen.

Bei der Grundsteinlegung des Kölner Doms 4. September 1842.

•

Von dieser Wahrheit muß ein jeder Abgeordneter durchdrungen sein, eben so sehr aber auch von der Wahrheit, daß er kein Repräsentant des Windes, der Meinung und der Tageslehren ist.

An die Provinzialstände, 10. Novbr. 1842.

•

Seit dem Antritt unserer Regierung haben wir der Entwicklung der ständischen Verhältnisse unseres Landes stets unsere besondere Sorgfalt zugewendet. Wir erkennen in dieser Angelegenheit eine der wichtigsten Aufgaben des von Gott uns verliehenen königlichen Berufs.

Aus dem „Patent" über die Einberufung des vereinigten Landtags, 3. Februar 1847.

•

Der edle Bau ständischer Freiheiten, dessen acht mächtige Pfeiler der hochselige König rief und unerschütterlich in die Eigentümlichkeiten seiner Länder gegründet hat, ist heute durch Ihre Vereinigung vollendet. Er hat sein schützendes Dach erhalten. Der König wollte sein Werk selber vollenden, allein leider scheiterte seine Absicht an der gänzlichen Unausführbarkeit der ihm vorgelegten Pläne. . . . Segnen wir aber noch heute das Gewissen des treuen, lieben Königs, der eigene frühe Triumphe verschmähte, um sein Volk vor späterem Verderben zu bewahren, und ehren wir sein Andenken auch in dem Stück, daß wir sein endlich und eben vollendetes Werk nicht gleich durch Neulingshast in Frage stellen. Ich versage im voraus jede

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101229/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG